
Vorsitz: Belarus**1015. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 22. Juni 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)
- Beginn: 10.00 Uhr
Schluss: 11.05 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Dapkiunas

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

Die aktuelle Sicherheitslage im OSZE-Raum: Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/245/22 OSCE+) (FSC.DEL/246/22 OSCE+), Kanada, Russische Föderation (Anhang 1) (FSC.DEL/248/22/Add.1), Belarus (FSC.DEL/249/22 Restr.), Schweiz (FSC.DEL/244/22 OSCE+), Frankreich – Europäische Union (FSC.DEL/247/22), Rumänien (Anhang 2)

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *OSZE-Bericht 2022 an das Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen über die Umsetzung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen zu Kleinwaffen und leichten Waffen und seines Internationalen Rückverfolgungsinstrumentes für den Zeitraum 2020 – 2021 (SEC.GAL/78/22): Vertreter/Vertreterin des Konfliktverhütungszentrums*
- (b) *Protokollarische Angelegenheiten: Schweiz, Vorsitz*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 6. Juli 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

1015. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1021, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

heute wird in der Russischen Föderation der Tag des Gedenkens und der Trauer begangen. Am 22. Juni 1941 griffen Nazideutschland und seine europäischen Satellitenstaaten die UdSSR ohne Kriegserklärung an. Der Versuch, den Aggressor am Vorabend des Großen Vaterländischen Krieges zu beschwichtigen, erwies sich als Fehler, der unser Volk teuer zu stehen kam. Der Feind wurde vernichtend besiegt, aber zu einem ungeheuren Preis: 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion ließen ihr Leben im Kampf um die Befreiung ihres Heimatlandes und ganz Europas von der „braunen Pest“. Ihr Andenken ist uns heilig.

Mit Bedauern stellen wir fest, dass die Geschichte dazu neigt, sich zu wiederholen, wenn sie absichtlich verfälscht oder dem Vergessen anheimgegeben wird. Einundachtzig Jahre später haben diejenigen, die nach der Weltherrschaft streben, Russland offen und ohne jede Rechtfertigung zum Feind erklärt. Um ihre eigenen geopolitischen Ziele zu erreichen, unterstützten sie auf jede erdenkliche Weise die fanatischen Nationalisten und Radikalisten in der Ukraine, Nachfahren der Nazi-Schergen Bandera und Schuchewytsch, die sich mit dem Gedanken trugen, Teile des Hoheitsgebiets der Russischen Föderation – die Krim und Sewastopol – gewaltsam an sich zu reißen, und Pläne ausheckten, den Donbass durch eine für Anfang März geplante groß angelegte Militäroffensive zu zwingen, sich ihrem Willen zu beugen. Die ukrainische Regierung hatte nicht die Absicht, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen. Ihr Ziel war es, „Zeit zu gewinnen“ und „die Streitkräfte zu verstärken“. Der ehemalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat das ganz offen ausgesprochen.

Die vom Präsidenten der Russischen Föderation am 24. Februar angekündigte militärische Spezialoperation zum Schutz der Bevölkerung des Donbass und zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine hat diese verbrecherischen Pläne durchkreuzt. Die Operation wird in voller Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durchgeführt und genießt breite Unterstützung seitens der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Russland wird alles in seiner Macht Stehende tun, um sicherzustellen, dass die Strafkommandos ukrainischer Nationalistinnen und Nationalisten, die wie Hitlers Gesinnungsgenossinnen und -genossen während des Großen Vaterländischen Krieges agieren, das seit acht Jahren

andauernde Töten der wehrlosen Bevölkerung des Donbass unter Nazi-Parolen wie „die Russinnen und Russen müssen sterben, damit wir leben können“ beenden.

Die Staaten des „zivilisierten“ Westens können sich nur sehr schwer damit abfinden, dass Russland seine eigenen nationalen Sicherheitsinteressen hat und diese konsequent verteidigen wird. Deshalb haben die Hauptstädte der NATO-Mitgliedsländer beschlossen, die Ukraine mit modernen Waffen zu beliefern, die in der Lage sind, Angriffe bis weit in unser Hoheitsgebiet hinein durchzuführen. Damit geben sie ihre Bereitschaft zu verstehen, eine Eskalation mit der Russischen Föderation zu riskieren, wobei die Verantwortungsträgerinnen und -träger der NATO-Länder und die westlichen Medien sich bereits offen in Kriegstreiberei üben.

Erst letzte Woche erklärte ein ungenannter Beamter des Außenministeriums gegenüber der *Washington Post*, dass die US-Behörden bereits vor Beginn der russischen militärischen Spezialoperation die Möglichkeit eines langwierigen Konflikts mit globalen Auswirkungen erörtert hätten. In diese Richtung weist auch der Appell von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, sich darauf vorzubereiten, dass die Feindseligkeiten in der Ukraine mehrere Jahre dauern könnten. Und auch der neue Oberbefehlshaber des britischen Heeres, General Patrick Sanders, lüftete den Schleier über den Plänen einer sogenannten defensiven NATO (ich zitiere): „...[e]s ist jetzt dringend erforderlich, eine Streitmacht zu schmieden, die in der Lage ist, an der Seite unserer Verbündeten zu kämpfen und Russland im Kampf zu besiegen. Wir sind die Generation, die die Streitkräfte darauf vorbereiten muss, wieder in Europa zu kämpfen“ (Zitat Ende). Sein Amtskollege Ingo Gerhartz, Inspekteur der deutschen Luftwaffe, empfahl, „sich rechtzeitig auf den Einsatz von Atomwaffen vorzubereiten, da jederzeit eine Krisensituation eintreten kann“. Und schließlich bezeichnete der niederländische Premierminister Mark Rutte die Lage in der Ukraine als „unseren Krieg“. Damit ist klar, wer für die Verlängerung der bewaffneten Gewalt in der Ukraine und das Anheizen der Konfrontation auf dem europäischen Kontinent direkt verantwortlich ist. Wir fordern sie auf, zur Vernunft zu kommen und von Äußerungen oder Handlungen Abstand zu nehmen, die der Charta der Vereinten Nationen schweren Schaden zufügen könnten.

Die Russinnen und Russen haben ein gutes Gedächtnis. Wir haben nicht vergessen, dass die meisten Kriege in unserem Land vom Westen ausgegangen sind. Russland hat diese Kriege nicht begonnen, sondern es hat sie, wie bereits gesagt, beendet und manchmal einen beträchtlichen Teil Europas mit hohen Kosten aus der Unterjochung befreit. Die Russische Föderation wird weiterhin alle Schritte unternehmen, die notwendig sind, um den Risiken und Bedrohungen für unsere Sicherheit und die unserer Verbündeten entgegenzuwirken.

Herr Vorsitzender,

die Ergebnisse des Treffens der NATO-Verteidigungsminister am 15. und 16. Juni haben gezeigt, dass die transatlantische Propagandamaschinerie, die die Europäer mit einer fantasierten Bedrohung aus dem Osten einschüchtert, ihre Arbeit mit neuem Elan aufgenommen hat. Es ist ganz klar, worum es der NATO mit ihrer militaristischen Propaganda geht: Sie soll den Boden für eine Schwächung Russlands bereiten (seien Sie versichert, das wird nicht gelingen), ein Wettrüsten und ein hemmungsloses Wachstum der Militärausgaben rechtfertigen, mit dem Ziel einer militärischen Überlegenheit (diese Ausgaben übersteigen das russische Militärbudget bereits um mehr als das Zwanzigfache) und der Schaffung der materiellen Grundlagen für den maßlosen Wunsch einflussreicher Kreise in den Vereinigten

Staaten von Amerika, ihre expansionistischen Pläne zu verwirklichen, die um die Idee der Weltherrschaft kreisen. Die US-Regierung und die Europäische Kommission täten besser daran, ihre Schützlinge im Auge zu behalten und die möglichen Folgen ihrer Pläne zu bedenken – der polnische Präsident Andrzej Duda hat bereits gewarnt, dass „es bald keine Grenzen mehr zwischen Polen und der Ukraine geben wird“.

Letzte Woche beschlossen die „Pazifisten“ unter den NATO-Mitgliedsländern bei einem Treffen der so genannten Kontaktgruppe für die Verteidigung der Ukraine, das Regime in Kyjiw weiterhin mit Waffen zu versorgen, was unweigerlich zu weiteren Opfern unter der Zivilbevölkerung führen wird. Hier im Forum für Sicherheitskooperation erklären uns die westlichen OSZE-Teilnehmerstaaten regelmäßig, ihre Lieferungen von Militärgütern seien legitim und gerechtfertigt. Überzeugen Sie sich selbst: Ihre Waffen werden täglich gegen Frauen, Kinder, alte Menschen, Schulen, Kindergärten und Hochhauswohnanlagen eingesetzt. Allein zwischen dem 15. und 21. Juni wurden in der Donezker Volksrepublik (DNR) 24 Zivilpersonen getötet, 62 verletzt und mindestens 217 Gebäude und über 60 zivile Infrastruktureinrichtungen beschädigt oder zerstört. In der Volksrepublik Luhansk (LNR) wurden sieben Einwohner bzw. Einwohnerinnen von Luhansk getötet, 18 verletzt und mehr als 70 Gebäude beschädigt.

Die Menschen in Europa können davon nichts erfahren, weil westliche Entscheidungsträgerinnen und -träger eine totale Zensur über Berichte verhängt haben, die sie in Misskredit bringen könnten. Aber wie würden die Französinen und Franzosen reagieren, wenn sie erführen, dass ukrainische Neonazis mit von Frankreich gelieferten Panzerartilleriesystemen CAESAR dicht besiedelte Stadtteile in Donezk beschießen? Wissen die Bürgerinnen und Bürger der Vereinigten Staaten und Kanadas, dass ihre Regierungen M777-Haubitzen für den Völkermord an der russischsprachigen Bevölkerung im Donbass liefern? Wir haben immer noch keine Reaktion der westlichen OSZE-Teilnehmerstaaten auf die Folgen des massiven Artilleriebeschusses des Maisky-Marktes und einer Entbindungsklinik in der Stadt Donezk durch die ukrainischen Streitkräfte am 13. Juni gehört, bei dem 155-mm-Artillerie zum Einsatz kam, wie sie die NATO-Länder verwenden. Wir fordern eine offizielle Bewertung der Vorfälle.

Herr Vorsitzender,

die Propagandakampagne der NATO-Länder wird unter verschiedenen Mottos und Vorwänden durchgeführt. Sie sind sich natürlich sehr wohl im Klaren darüber, dass sie gezielt Lügen über die militärische Spezialoperation verbreiten. Gleich Anfang April versuchte der „zivilisierte“ Westen, russischen Militärangehörigen die Schuld an einem Massaker an der Zivilbevölkerung in Butscha zu geben. Den Fakten ist jedoch zuverlässig zu entnehmen, dass es sich um eine fingierte Operation handelt, die von den ukrainischen und westlichen Geheimdiensten inszeniert wurde. Eine Woche später, am 8. April, griffen die ukrainischen Streitkräfte den Bahnhof von Kramatorsk mit einer Rakete vom Typ Totschka-U an und machten erneut unser Land dafür verantwortlich. Diese Unterstellungen wurden sogar von westlichen Journalistinnen und Journalisten aufgedeckt, die die Seriennummer der Rakete überprüften und feststellten, dass sie der Ukraine gehörte. Am 13. Juni machte die ukrainische Seite mit der bereitwilligen Unterstützung westlicher „Ja-Sager“ Russland für den Beschuss des Zentrums von Donezk mit NATO-Granaten verantwortlich. Der deutsche Fernsehsender ARD widerlegte diese Information bald, aber die Angaben zu den Toten und die Hinweise darauf, von wem der Beschuss ausgegangen war, wurden aus

dem korrigierten Bericht entfernt. Man zog es vor, die unbequeme Wahrheit einfach zu verschweigen.

Leider setzt die ukrainische „Lügenfabrik“, die von den westlichen Hintermännern unterhalten wird, ihre Arbeit fort. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums sorgten die ukrainischen Geheimdienste in diesem Monat in Mykolajiw für die Fabrikation von Videoclips über die Folgen des Beschusses von Privathäusern durch die russischen Streitkräfte. In Odessa haben Spezialistinnen und Spezialisten des 83. Zentrums für Information und psychologische Operationsführung der ukrainischen Streitkräfte die vorgetäuschten Folgen eines Angriffs auf eine medizinische Einrichtung gefilmt. Der Plan war, das fingierte Bildmaterial anschließend weltweit über Medien zu verbreiten und die russischen Streitkräfte wahlloser Angriffe auf zivile Objekte zu beschuldigen. Ganz nach den Methoden ihrer Nazi-Vorgänger – aus mittlerweile freigegebenen Dokumenten aus dem Großen Vaterländischen Krieg geht hervor, dass auch die deutschen Nazis Provokationen gegen die Rote Armee inszenierten, um ein Feindbild, nämlich das der „blutrünstigen Barbaren“, zu konstruieren.

Wir möchten Ihnen dazu ein konkretes Beispiel geben. Im September 1943 nutzten die Nazis gemauerte Wohnhäuser am Stadtrand von Horliwka als MG-Stellungen. Acht Jahrzehnte später empfiehlt das US-Verteidigungsministerium laut ukrainischen Medienberichten der politischen und militärischen Führung in Kyjiw, westliche Artillerie und Mehrfachraketenwerfer in Städten gegen konzentrierte Luftverteidigungskommandos einzusetzen. Es geht darum, dass ukrainische Neonazis legitime militärische Ziele in Wohngebieten von Städten positionieren und von dort aus den Donbass unter Beschuss nehmen. Aber der Fortschritt bleibt, wie man so schön sagt, nicht stehen. Heute wird das ukrainische nationalistische Bataillon vom „kollektiven Westen“ mit Geheimdienstinformationen bei der Anwendung dieser Taktiken unterstützt. Es ist bekannt, dass US-Unternehmen, darunter Lockheed Martin, Boeing und SpaceX, sowohl visuelle als auch Radardaten aus dem Welt- raum sammeln, um der Ukraine die Informationen zu liefern, die sie für die Flugkörper- lenkung benötigt.

Herr Vorsitzender,

die Zielsetzungen, die der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, für die militärische Spezialoperation vorgegeben hat, nämlich der Schutz des Donbass und die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine, werden erreicht werden.

Es sei daran erinnert, dass auf der Potsdamer Konferenz 1945 ein Abkommen zur Ausmerzung des deutschen Militarismus und Nazismus unterzeichnet wurde. Entnazifi- zierung bedeutete die Bestrafung der Nazi-Verbrecherinnen und -Verbrecher und die Aufhebung der Gesetze des Dritten Reiches, die die Diskriminierung aufgrund von Rasse, Nationalität, Sprache, Religion und politischer Überzeugung für rechters erklärten. Wie Nikolaj Patruschew, Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, erklärte, verfolgen wir mit der Befreiung der Ukraine vom Neonazismus dieselben Ziele wie im Jahr 1945.

Im Zuge der Entmilitarisierung der Ukraine wurden seit Beginn der militärischen Spezialoperation 209 Flugzeuge, 132 Hubschrauber, 1 292 unbemannte Luftfahrzeuge, 348 Flugabwehrraketensysteme, 3 709 Panzer und andere gepanzerte Kampffahrzeuge,

580 Mehrfachraketenwerfer, 2 065 Feldartilleriegeschütze und Mörser sowie 3 760 taktische Fahrzeuge für Spezialeinsätze zerstört. Die gezielte Zerstörung der westlichen Waffen, die in der Ukraine ankommen, wird fortgesetzt. Letzte Woche wurde in der Nähe der Stadt Solotschiw in der Region Lwiw ein Munitionsdepot mit ausländischen Waffensystemen, darunter 155-mm-Haubitzen des Typs M777, mit Hilfe von hochpräzisen Lenkflugkörpern mit großer Reichweite Kalibr vernichtet. Zehn Artilleriegeschütze dieses Typs und bis zu 20 der in den letzten zwei Wochen gelieferten gepanzerten Kampffahrzeuge wurden auf dem Gelände eines Umspannwerks in der Stadt Mykolajiw zerstört. Gestern wurde berichtet, dass auf der Insel Kubanskij zwei Züge von Haubitzen M777 samt Munition vernichtet wurden. Wir betonen noch einmal: Die Streitkräfte der Russischen Föderation werden westliche Rüstungsgüter, die in der Ukraine eintreffen, systematisch zerstören, noch bevor sie in die Zone der Kampfhandlungen gelangen. Die erbeuteten westlichen militärischen Ausrüstungsgegenstände und Waffen werden weiterhin an die zuständigen russischen Institute zur Auswertung übergeben.

Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation hat Statistiken zur Präsenz ausländischer Söldner in der Ukraine veröffentlicht. Den vorliegenden Daten zufolge ebbt der Zustrom von „Glücksrittern“ in die Kampfzone ab. Seit Beginn der militärischen Spezialoperation sind fast 7 000 Personen in die Ukraine gekommen, rund 2 000 von ihnen wurden ausgeschaltet und mehr als 1 500 haben die Ukraine freiwillig verlassen. In der vergangenen Woche nahm das russische Militär zwei US-Söldner gefangen, die auf Seiten der ukrainischen Regierung gekämpft hatten. Bei einem von ihnen handelt es sich um den 39-jährigen Alexander Druke, der zuvor als Oberfeldwebel in der ABC-Abwehrtruppe der US-amerikanischen Streitkräfte diente. Damit unsere Kollegen Bescheid wissen: Die Spezialistinnen und Spezialisten dieses Truppenteils wissen nicht nur, wie man chemische Anschläge, die zum Markenzeichen der US-Geheimdienste geworden sind, verhindert, sondern auch, wie man sie arrangiert. Die russische Delegation hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die Gefahr eines chemischen Terroranschlags durch faschistoide Nationalistinnen und Nationalisten und Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte nur allzu real ist. Die Frage nach dem Zweck der Präsenz dieser US-Söldnerinnen und -Söldner sowie Chemikerinnen und Chemiker auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine bleibt offen.

Die russische Seite wertet weiterhin Dokumente über die Biowaffenaktivitäten des US-Militärs in der Ukraine aus. Man hat herausgefunden, dass Neuromodulatoren, die irreversible Schäden am zentralen Nervensystem verursachen können, an sozial benachteiligten Ukrainerinnen und Ukrainern getestet wurden. Das US-Biowaffenprojekt R-268 in der Ukraine befasste sich mit der Erforschung von Viren, mit denen sich Stechmücken, die Krankheitsüberträger sein können, infizieren lassen. Bemerkenswert ist auch, dass die Finanzierung ukrainischer Projekte durch die USA seit 2015 mit einem sprunghaften Anstieg von Infektionskrankheiten, darunter ein Anstieg der Tularämie auf fast das Zehnfache, in der DNR und der LNR in Verbindung gebracht wird. Tularämie wird von der NATO zugegebenermaßen als prioritärer biologischer Kampfstoff eingestuft, der unter anderem bei den Truppenübungen des Bündnisses auf Truppenübungsplätzen in Schweden im Jahr 2012 eingesetzt wurde. Auf diese Weise erhalten wir mehr und mehr Beweise dafür, dass die Vereinigten Staaten unter Umgehung des Übereinkommens über biologische Waffen und Toxinwaffen verdeckt gefährliche Biowaffenaktivitäten durchgeführt haben. Gleichzeitig erhielt die Ukraine eine willkommene Funktion als Forschungsstandort für die Durchführung von Versuchen, das Sammeln von biologischem Material und die Untersuchung der Spezifika der Verbreitung von Infektionskrankheiten.

Zusammenfassend möchten wir betonen, dass die Wiederherstellung der Zielsetzungen und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen auf dem Hoheitsgebiet des Donbass und der Ukraine für die Russische Föderation nach wie vor absolute Priorität hat. Unsere Aufgabe ist es, den von der ukrainischen Regierung vor acht Jahren begonnenen Feindseligkeiten ein Ende zu machen. Darüber hinaus macht Russland mit dieser militärischen Spezialoperation von seinem Recht auf Selbstverteidigung gegen ein Regime Gebrauch, das den Erwerb von Atomwaffen angestrebt und sein Hoheitsgebiet für gefährliche Biowaffenexperimente zur Verfügung gestellt hat. Wir sorgen somit dafür, dass eine zentrale Aufgabe des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erfüllt wird, nämlich die Verhinderung eines neuen Weltkrieges.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

1015. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1021, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION RUMÄNIENS**

Herr Vorsitzender,

ich möchte zunächst feststellen, dass unser Standpunkt zum russischen Angriff auf die Ukraine von der Europäischen Union in unserem Namen klar zum Ausdruck gebracht wurde. Wir schließen uns dieser Erklärung voll und ganz an; gestatten Sie mir, dass ich dem in nationaler Eigenschaft einige kurze Bemerkungen zu den Erklärungen des Vereinigten Königreichs und Kanadas hinzufüge.

Die jüngsten Ereignisse, nachdem Russland den Krieg gegen die Ukraine begonnen hat, zeigen deutlich, dass der von unserem britischen Kollegen erwähnte Zwischenfall mit der HMS Defender am 23. Juni 2021 einer der ersten schwerwiegenden Versuche war, Gewalt anzuwenden und gegen die Freiheit der Schifffahrt vorzugehen.

Man darf natürlich nicht vergessen, dass die Russische Föderation beschlossen hat, ab April 2021 bestimmte Bereiche im Schwarzen Meer zu gefährlichen Militärgebieten zu erklären. Als Anrainerstaat des Schwarzen Meeres ist Rumänien besorgt über die weitreichenden Folgen der militärischen Aggression Russlands im Schwarzen Meer. Die Militarisierung der Krim, die kurz nach der rechtswidrigen Annexion der Halbinsel begann, war der erste Schritt in einem größeren Angriffsplan. Heute stellt die Schlangeninsel einen militärischen Außenposten dar, der für Aktionen gegen die Freiheit der Schifffahrt genutzt wird.

Die Maßnahmen, die Russland gegen die Ukraine im Schwarzen Meer ergreift, haben erhebliche Auswirkungen auf internationaler Ebene, insbesondere im Bereich der Sicherheit der Nahrungsmittelversorgung.

Als wichtiger Teil der Lösung für die von Russland verursachte Nahrungsmittelunsicherheit beteiligt sich Rumänien aktiv an den Bemühungen, den Transit von Getreideexporten aus der Ukraine zu erleichtern, und fungiert als regionales Drehkreuz für ukrainisches Getreide.

Ich bitte höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.